

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 162 (S. 522): Modernisierung Stadthalle – Kürzung der eingestellten Mittel (GRÜNE)

Dazu rufe ich auf:

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Projektvorstellungen im Rahmen des gemeinderätlichen Kostenkontrollverfahrens: Stadthalle Modernisierung

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Als wir im letzten Jahr im Juni den Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Stadthalle gefasst haben, hat sich meine Fraktion damit schwergetan, dem zuzustimmen – in Anbetracht der Kosten, die damals genannt wurden. Auf der einen Seite war klar, wir brauchen eine Stadthalle, auf der anderen Seite war aber auch damals schon klar, wir müssen sparen und Ausgaben sehr sorgsam prüfen, uns wirklich immer fragen, ist das wirklich notwendig, was bringt es. Welche Ziele haben wir im Hinblick auf die Stadthalle, z. B. zur Gewinnung neuer Kunden, durch welche Maßnahme im Blick auf die Stadthalle kommen wir diesem Ziel näher? Welche Folgekosten ergeben sich, aber auch welche Kosten im laufenden Betrieb reduzieren sich im Laufe der Zeit durch eine Modernisierung?

Diese Fragen sind bei der Stadthalle umso relevanter, weil die Modernisierung der Stadthalle keinen Return of Invest in dem Sinne bringt, dass genau beziffert werden kann, wie viel wir dafür bekommen. Die Stadthalle ist im Besitz der Stadt, und die Miete, die die KMK für die Nutzung der Stadthalle bezahlt, ist relativ gering. Wir müssten die Miete exorbitant steigern, um tatsächlich eine Re-Investition dieser Modernisierungskosten zu erhalten. Damit würden wir dann in einen höheren Defizitausgleich für die Messe hineingehen, was letzten Endes keinen Sinn macht.

Es war damals in der Vorlage eine Kostenpanne von 48 – 53 Mio. Euro genannt worden. Wir haben damals in unserer Rede sehr deutlich gemacht, dass wir schon wollen, dass es unterhalb dieser Kostenspanne herauskommen muss, dass das angestrebt wird. Es wurde damals von der Verwaltung – von Ihnen, Herr Oberbürgermeister – folgende Aussage gemacht. Ich muss Sie jetzt einfach zitieren, nicht weil ich eine Vorwurfsrede halten will, wie das häufig mal so ankommt, sondern ganz einfach, um zu erklären, warum wir damals schweren Herzens zugestimmt haben und warum wir heute – zumin-

dest, wenn es bei diesem Kostenrahmen bleibt – ablehnen, auch schweren Herzens. Ihre Aussage war damals: „Ich habe schon einmal in einer anderen Stadt ein 50-Mio.-Kongresszentrum mitverfolgen können. Da hat es viel dazu beigetragen, am Ende die Kosten einzuhalten, dass es einen ganz intensiven Austausch während der Bauphase gab, aber auch schon vorher eine ganz kritische Diskussion darüber, welchen Standard man im Einzelfall haben will. DA müssen wir dann schauen, wie wir das geregelt bekommen. Dann müssen wir ein Budget festlegen, und im Zuge der Umsetzung an der einen Stelle brauchen wir vielleicht etwas mehr, dann müssen wir an der anderen Stelle etwas nachgeben. Das sage ich Ihnen ausdrücklich zu, dass wir das so machen.“

In der Folge wurde dann der Begleitausschuss Modernisierung Stadthalle gegründet, so dass wir dachten, jetzt wird dem Antrag auch gefolgt, und haben das prinzipiell auch begrüßt. Ganz generell war es aber so, dass wir in dem Begleitausschuss zwar mit bestimmten Dingen vertraut gemacht wurden – die erste Sitzung behandelte zur Historie des Ganzen –, und dann haben wir eine Begehung gemacht. Wir haben schriftlich viele Fragen gestellt, woraufhin wir dann mehr Fakten bekamen, aber was ganz, ganz bestimmt nicht passiert ist – und wo ich denke, da müssen wir hin –, es wurde nicht über Standards diskutiert. Aber das ist genau der Punkt, über den wir im Zuge der Haushaltskonsolidierung ran müssen. Wir müssen über Standards reden. Wir müssen darüber reden, wo wir vielleicht doch mal Abstriche machen. Da will ich dann auch irgendwann keine Liste vorgelegt bekommen. Die gab es dann aber in der allerletzten Sitzung, aber dann zu sagen, welchen Punkt man herausnehmen könnte, nein, das geht nicht. Es gab eine Überblickseite mit Kosten, auf der 10 Posten standen. Wenn ich gesagt habe, ich brauche das genauer, muss wissen, wo das hingehört, kam das Angebot, sieben Ordner zu bekommen. Da habe ich gesagt, ich brauche etwas dazwischen, das gab es aber leider nicht. Das ist jetzt kein Vorwurf, aber wenn wir das in der Zukunft noch einmal probieren sollten mit einem solchen Prozess, wo wir dann über Standards diskutieren, müssten wir Wege finden.

Letzten Endes ist es für uns dann eben so, dass viele Dinge von der Verwaltung entschieden wurden, vieles neu zu machen, wo man vielleicht doch manches hätte länger behalten können. Das einfachste Beispiel ist das mit den Parkettböden, wo entschieden wird, das jetzt doch neu zu machen. Ich kann das auch alles verstehen, auch, dass Sie jetzt alles gerne neu haben wollen, dass es sich Schritt für Schritt so entwickelt hat. Das bedeutet ja auch keinen Dreck, keinen Ärger, Ruhe für die nächsten Jahr und Sicherheit. Aber auf der anderen Seite bedeutet das auch höhere Kosten. Das ist der eine Faktor.

Der andere Faktor sind die Kosten, die sich durch die Brandschutzgeschichte ergaben. Aber da wurde nicht gesagt, wenn sich ein Posten erhöht, muss man bei einem anderen schauen, ob er sich reduzieren lässt. Jetzt sitzen wir da mit einer Summe von 58 Mio. Euro, die 5 Mio. Euro über dem Maximum liegt, das uns eigentlich auch schon zu viel war.

Es gab auch keinen Wettbewerb in der Innenarchitektur. Vielleicht hätte das Lösungen gebracht, die auch Standardfragen aufgeworfen hätten. Wir bedauern schon, dass bei solchen umfangreichen grundlegenden Dingen – außer beim Foyer – nicht mit Wettbewerben gearbeitet wird.

Generell kann man die Frage stellen, wo das operative Geschäft beginnt, wo der Gemeinderat noch etwas mitzureden hat. Das ist eine durchaus berechtigte Frage, aber letzten Endes ist es so, wo wir involviert sind, ist ganz klar, nämlich bei der Festsetzung des Kostenrahmens. Und da ist für uns die Obergrenze überschritten. Wir wussten nicht genau, bis wann dürfen wir Anträge stellen, so dass wir nicht über die Veränderungsliste gegangen sind, sondern schon vorher diese Kürzung über 5 Mio. Euro reingestellt, so dass wir bei der Höchststumme, die bewilligt wurde, landen würden.

Wenn es bei dem Kostenrahmen von 58 Mio. Euro bleibt, werden wir die Verwaltungsvorlage ablehnen. Ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es um eine Ablehnung der Kosten geht und nicht darum, die Arbeit der KMK abzuwarten bzw. nicht anzuerkennen, was dort geleistet wird. Wir nehmen es so wahr: Die KMK ist sehr engagiert, leistet eine gute Arbeit. Wir schätzen die Akquiseleistung und die Ausführung der Aufträge. Wir sehen auch einige positive Aspekte bei der Modernisierung, z. B. bei der energetischen Sanierung, dass bestimmte Kosten im Betriebe eingespart werden, und begrüßen das ausdrücklich.

Wir wünschen allen Beteiligten für diese schwierige Zeit des Umbaus viel Kraft und viel Erfolg für die Zeit bis dahin, vor allem auch dann, wenn die Modernisierung abgeschlossen ist. Dass die Vorlage eine Mehrheit finden wird, daran zweifeln wir nicht.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Frau Dr. Leidig, es ist richtig, dass wir im Juni 2016 einen Grundsatzbeschluss gefasst haben. Sie haben heute Abend nun noch einmal eine Grundsatzrede gehalten. Das werde ich jetzt nicht mehr tun. Nur eines möchte ich Ihnen sagen: Sie hatten von Zielen gesprochen. Was bringt uns dieses Kongresszentrum? Das ist eine Frage, die sich in diesem Raum jeder beantworten. Es ist das Aushängeschild der Stadt Karlsruhe. Es ist die gute Stube der Stadt. Wir haben internationale Kongresse, bundesweite Tagungen hier in Karlsruhe. Darüber müssen wir nicht mehr diskutieren. Es würde auch den Rahmen heute Abend sprengen.

Sie haben ein Thema angesprochen: Standards. Ich gebe Ihnen in diesem Punkt schon Recht, wenn man bei gewissen Projekten von den Qualitäten von Standards sprechen muss. Aber in einem Kongresszentrum auf Standards zurückzugehen, was ein Mitbewerber in Mannheim im Rosengarten schon längst hat, da werden Sie Schiffbruch erleiden. Eines ist ganz klar: Der Markt gibt die Richtung vor, und wer nicht mit dem Markt geht, der wird irgendwann gehen, und das gilt vor allem im Bereich des Kongresswesens. Sie können nicht einfach eine Bestuhlung nehmen, die um 100 Euro pro Sitz günstiger ist, und nachher sitzt keiner drauf. Diese Kundschaft wird nur einmal in Karlsruhe sein und dann nicht mehr kommen. Deshalb können Sie von Standards in diesem Fall nicht so pauschaliert sprechen, wie Sie es getan haben.

Ich möchte etwas zu diesen 53 Mio. Euro bzw. zu diesen 58 Mio. Euro sagen, wo wir letztendlich heute angekommen sind. Ich glaube, es war eine hervorragende Idee – Herr Oberbürgermeister, Sie sagten es im Juni – dass wir diesen Begleitausschuss eingerichtet haben, dass wir im Dialog geblieben sind, was die Kostensteigerung angeht. Es ist meiner Fraktion wesentlich lieber, dass wir im Vorfeld eine ehrliche Planung haben, dass wir eine Planung haben, die uns im Begleitausschuss vorgelegt wurde. Es gab ja auch Ge-

sprache mit der Branddirektion im Begleitausschuss. Das war eine Vorgehensweise, die uns lieber ist, dass wir am Anfang sagen, da kommen wir am Ende des Tages heraus, bei der Eröffnung stehen wir dort. Es ist besser, als immer wieder Nachträge um Nachträge stellen zu müssen. Eines lassen Sie mich auch noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorlage hat einen unheimlich hohen Prozentsatz von Unvorhergesehenem drin – mit einem zweistelligen Prozentsatz von 14 %. Ich glaube nicht, dass wir das am Ende auch brauchen, aber stellen wir es heute ein und haben einen gewissen Risikopuffer. Wenn wir am Ende weniger brauchen, sind wir alle froh.

Deshalb gilt für die CDU heute Abend Zustimmung zur Verwaltungsvorlage und Glück auf für unser neues Kongresszentrum am Festplatz.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich will jetzt auch zum Ende der heutigen Haushaltsdebatte etwas deutlicher werden. Klar, wir haben Projekte wie im letzten Doppelhaushalt die Augustenburgschule, die im Haushalt drin war und danach erst in die kostenkontrollierte Planung kam. Ähnliches haben wir jetzt in dem Doppelhaushalt mit der Dragonerkaserne und der Stadthalle. Die 48 – 53 Mio. Euro - der Herr Ehlgötz hat es auch erwähnt – war eine frühe Schätzung, wir sind zwischendurch auf 63 Mio. Euro gegangen, haben wirklich über 10.000 Euro Einsparung und Ähnliches diskutiert, um letztendlich zu der vernünftigen Lösung von 58 Mio. Euro zu kommen. Das, was die GRÜNEN hier wollen – Sie wollen den Kostenrahmen festsetzen und danach muss entschieden werden –, so geht es nicht. Diesen grünen Eiertanz haben wir schon erlebt beim Exotenhaus, und jetzt kommt es erneut auf. Da muss prinzipiell mal etwas anderes gemacht werden.

Hier ist es genauso. Herr Ehlgötz hat schon darauf hingewiesen, wir wären natürlich auch gezwungen, wenn am Ende der Abrechnung nicht die 58 Mio. Euro, sondern 53 Mio. Euro stehen. Es sind ja 6 Mio. Euro für Unvorhergesehenes drin, die wir hoffentlich nicht brauchen.

Auch muss ich zugeben, es gibt ein Beispiel, wo es um 2 Mio. Euro teurer wurde, das ist der Brandschutz, der beanstandet hat, dass diese Zweierrohre nicht ausreichend seien, es seien Viererrohre erforderlich. Nicht die Verwaltung bestimmt, was drin ist, sondern die Vorschriften geben manches vor. Sie fordern eine Umplanung. Wir haben gerade vorhin über die Planungskapazitäten gesprochen. Es ist unglaublich, wie viele Stunden dafür aufgebracht wurden, und die GRÜNEN fordern noch mehr Planungskapazität. So kann dieser Eiertanz nicht weitergehen. Wir müssen die kostenkontrollierte Planung akzeptieren, wie sie nun einmal ist. Dafür machen wir sie, auch bei anderen Projekten. Wenn Sie dem Gesamtprojekt nicht zustimmen, dann können Sie auch dem nicht zustimmen. Ich glaube, die Mehrheiten sind ganz anders. Aber die GRÜNEN sollten sich überlegen, ob sie wirklich Kosten als Maximalgrenze einfach festsetzen, um eine vernünftige Planung hinzukriegen. Das ist eine vernünftige Planung, die detailliert im Beirat vorgenommen wurde. Ich muss auf die detaillierte Vorlage nicht weiter eingehen.

Stadtrat Jooß (SPD): Ich bin heute Mittag extra wegen dem Thema Stadthalle in den Bauausschuss gegangen, obwohl ich kein Mitglied bin.

Ich denke, Michael Zeh, hat es sehr deutlich gesagt. Ich bin sehr dankbar für die Stellungnahmen von Schwarz und Rot. Wir schließen uns ihr voll an. Wenn ich hier in die

Vorlage schaue, sehe ich unter Kostenschlüssel 18, fast 19 Mio. Euro Baukonstruktion, Bauwerk und technische Anlagen über 20 Mio. Euro. Das gibt allein über 40 Mio. Euro. Dann kann man doch nicht noch sagen, wir müssen über Standards reden. Wo können wir überhaupt noch sparen, wenn das Kernstück schon gebraucht wird. Ich danke herzlich für die Vorlage der Verwaltung. Sie hat wirklich tolle Arbeit geleistet, sie ist transparent und hat uns in allen Punkten einbezogen. Es ist auch zweimal ein Sicherheitspuffer eingebaut, wir können dem absolut folgen und sind froh, wenn wir unser Kongresszentrum jetzt modernisieren. Wer weiß, wie das zu vermarkten ist. Wir müssen etwas auf dem Markt anbieten – Her Ehlgötz hat es schon gesagt – damit wir nicht ins Hintertreffen kommen. Deshalb ist es so notwendig wie sonst nichts, diese Stadthalle zu sanieren. Wir begleiten diese Sache sehr gerne.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir teilen die Bedenken der GRÜNEN. Wenn wir hier ein Projekt auf den Weg bringen – aufgrund von Zusagen von der Verwaltung – dann muss man sich auch in gewisser Weise auf die Kosten verlassen können. Wenn an der einen Stelle mehr kommt und an der anderen Stelle gespart ist, kann man hinterher nicht sagen, es ist einfach teurer geworden. In dem Punkt teilen wir die Bedenken der GRÜNEN, denn wir müssen uns darauf verlassen können.

Der Vorsitzende: Ich möchte gerne zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist, es hat sich bei den Planungen eine Kostensteigerung auf 63 Mio. Euro ergeben, und davon hat man dann 10,5 Mio. Euro wieder heruntergenommen. Das heißt, es hat hier erhebliche Eingriffe in Standards und auch in entsprechende Kosten gegeben. Mit den knapp 6 Mio. Euro für Unvorhergesehenes kommt man jetzt auf diese 58 Mio. Euro. Das wirft noch einmal die Frage auf, warum es uns vor einem Dreivierteljahr noch nicht möglich war, es besser abzuschätzen. Das ist bei solchen Dingen, wenn der Brandschutz entsprechende Forderungen stellt, durchaus nachvollziehbar. Es ist ärgerlich, weil wir immer den Eindruck erwecken, jedes Mal, wenn man genauer schaut, wird es wieder ein bisschen teurer. Das haben wir ja bei anderen Projekten auch. Aber ich habe bisher noch keinen Schlüssel gefunden, wie man das vorab so präzise einschätzen kann, dass man nicht am Ende doch in irgendeiner Weise daneben liegt. Da jede Detailplanung wieder neues Geld kostet, muss man vorher schon fragen, ob Sie einverstanden sind, denn sonst würde man für vertiefte Planungen einen Haufen Geld ausgeben, und am Ende sagen Sie, das wäre nicht tragbar gewesen, wenn man das von vornherein gewusst hätte.

Wir haben auch in der Verwaltung intensiv darüber diskutiert und können Ihnen von diesen 58 Mio. Euro im Moment einfach nicht herunterhelfen. Die brauchen wir, um mindestens das umzusetzen, was wir selber noch für verantwortbar halten. Das ist deutlich mehr, als wir gesagt haben, das ist völlig klar. Aber wir sehen einfach keine Möglichkeit, die ist mit den 10,5 Mio. Euro einfach erschöpft.

Das Zweite – und da würde ich gerne, Frau Dr. Leidig, noch einmal mit Ihnen ins Gespräch kommen –, ist, wie wir einen solchen vorbereitenden Ausschuss aufbauen, damit Sie entweder die Folgen von Standardreduzierungen nachvollziehen können oder dass es keine Standards mehr gibt, die wir reduzieren können, um am Ende nicht zu einer Frusterfahrung zu kommen. Das wäre mir ganz wichtig, denn wir werden solche Ausschüsse noch öfter brauchen, wenn ich z. B. ans Staatstheater denke und an anderes.

Es müssen auch Ausschüsse sein, die so gut vorbereitet sind, dass Sie dann auch während der Bauzeit solche Dinge noch verfolgen können, denn Kostensteigerungen gibt es auch noch während der Bauzeit, und die müssen aus meiner Sicht ganz eng mit dem Gemeinderat kommuniziert werden, sonst können Sie auch da anschließend nicht vertreten, was im Einzelnen passiert. Insofern sollten wir hinsichtlich dieses Themas versuchen, zu erfühlen und zu erfahren, was noch an Verbesserung in der Binnenkommunikation und in der entsprechenden Abstimmung sinnvoll ist. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache, sonst können Sie irgendwann diese Baumaßnahmen nicht mehr vertreten, die wir umsetzen.

Jetzt bitte ich Sie, über den Antrag Nr. 162 abzustimmen, wo es um die Reduzierung der eingestellten Mittel geht. Dazu bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Bei 11 Zustimmungen ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt stelle ich die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. – Da gibt es 11 Ablehnungen, der Rest stimmt zu. Damit ist die Vorlage **angenommen**.

(...)